



Antrag

der Fraktion Christlich Demokratische Union
Deutschlands/Freie Demokratische Partei

AT-11/26-31

Datum

14.07.2026

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Sozial-, Integrations- und Jugendausschuss	20.10.2026	beschlussempfehlend
Stadtverordnetenversammlung	05.11.2026	beschließend

Betreff:

Taschengeldprojekte

Antrag zur Verweisung der Fraktion CDU/FDP vom 13.07.2026

Antragstext:

Der Magistrat wird beauftragt, gemeinsam mit den lokal tätigen städtischen Gesellschaften (GeWoBau, Stadtwerke Rüsselsheim GmbH, Städteservice Raunheim Rüsselsheim, GPR) die Einführung von Taschengeldprojekten zu prüfen und diese, soweit möglich, einzuführen. Die Einführung kann schrittweise erfolgen und auf weitere Gesellschaften ausgeweitet werden.

Begründung:

Viele Jugendliche möchten erste praktische Erfahrungen in der Arbeitswelt sammeln und sich gleichzeitig ein eigenes Taschengeld verdienen. Gleichzeitig stehen zahlreiche städtische Gesellschaften vor der Herausforderung, Nachwuchs für ihre Berufe zu gewinnen und junge Menschen frühzeitig an ihre Tätigkeitsfelder heranzuführen.

Taschengeldprojekte bieten hierfür einen niedrighschwelligen Einstieg. Sie ermöglichen Jugendlichen, einfache und altersgerechte Tätigkeiten zu übernehmen, Verantwortung zu übernehmen und erste Einblicke in den Berufsalltag zu erhalten. Gleichzeitig stärken sie Schlüsselkompetenzen wie Zuverlässigkeit, Teamfähigkeit und Eigenverantwortung.

Darüber hinaus fördern solche Projekte die Identifikation junger Menschen mit ihrem unmittelbaren Lebensumfeld. Wer sich aktiv in kommunalen Einrichtungen oder städtischen Gesellschaften einbringt, entwickelt ein stärkeres Bewusstsein für die eigene Stadt, ihre Infrastruktur und das Gemeinwohl. Dies stärkt die Verbundenheit mit Rüsselsheim am Main und fördert gesellschaftliches Engagement.

Für die beteiligten Gesellschaften eröffnet sich die Möglichkeit, frühzeitig mit potenziellen Auszubildenden und zukünftigen Fachkräften in Kontakt zu treten und ihr Berufsspektrum bekannter zu machen. Gerade vor dem Hintergrund des zunehmenden Fachkräftemangels kann dies ein wichtiger Baustein der Nachwuchsgewinnung sein.

Der Magistrat soll daher gemeinsam mit den städtischen Gesellschaften prüfen, in welchen Bereichen entsprechende Taschengeldprojekte umgesetzt werden können. Dabei soll den Gesellschaften ausreichend Gestaltungsspielraum hinsichtlich Umfang, Einsatzbereichen und einer schrittweisen Einführung eingeräumt werden.

Markus Johannes Jagla
Fraktionsvorsitzender
Fraktion CDU/FDP